



Aus dem steirischen Landtag

KPÖ informiert aus erster Hand



KPÖ präsentiert Mindestsicherungsrechner

Ab 1. März löst die Mindestsicherung die Sozialhilfe ab

Viele Menschen, die bisher um Sozialhilfe angesucht haben, werden von Behörden um ihren Anspruch gebracht. Betroffene werden oft Opfer von willkürlichen oder schlicht falschen Entscheidungen, sie werden obendrein häufig schlecht behandelt. Das zeigen die dutzenden Berufungen und Höchstgerichtsbeschwerden, die die KPÖ für Betroffene gewonnen hat.

Es ist nicht davon auszugehen, dass sich daran mit der Einführung der Mindestsicherung etwas ändern wird – im Gegenteil: Die neue Rechtslage wird zu Verunsicherung auf beiden Seiten führen und es potenziellen Bezieherinnen und Beziehern noch schwerer machen, ihre Ansprüche richtig einzuschätzen. Da sich mit der

+Mindestsicherung **Sozialhilferechner** Steiermark

<http://www.mindestsicherungsrechner.at/>



Mindestsicherung – neben der Wiedereinführung des Regresses – in jedem Fall finanzielle Verschlechterungen ergeben, ist es besonders wichtig, dass alle Anspruchsberechtigten die Wahrung ihrer Rechte überprüfen können.

Immer mehr Betroffene

Die Stigmatisierung als „Gescheiterte“ und „Sozialschmarotzer“ ist noch in vielen Köpfen vorhanden, obwohl die Zahl der Anspruchsberechtigten mittlerweile weit in Gesellschaftsschichten reicht, die vor kurzem noch zur gut abgesicherten Mittelschicht gezählt wurden. Der Mindestsicherungsrechner erlaubt eine un-

verbindliche anonyme Prüfung, ob eine Antragstellung Sinn hat. Und Betroffene, die bereits Sozialhilfe bezogen haben, aber (oft zu Recht) glauben, zu wenig zuerkannt bekommen zu haben, können den Bescheid einer umstandslosen Prüfung unterziehen.

Der Rechner soll auch eine Hilfestellung für MitarbeiterInnen gemeinnütziger Organisationen oder Personen, die im Sozialbereich tätig sind, liefern. Menschen, die keinen Zugang zum Internet haben oder sich mit der Bedienung von Computern schwer tun, werden oft von anderen unterstützt, die mit

dem Mindestsicherungsrechner dazu ein neues Instrument vorfinden.

Sozialhilfe und Mindestsicherung

Mit dem Mindestsicherungsrechner ist es auch möglich, das neue dem alten System der Sozialhilfe gegenüberzustellen. Eine Parallelrechnung ermöglicht es, die Höhe der Ansprüche zu vergleichen. Damit soll deutlich gemacht werden, dass das „Verschlechterungsverbot“ in der Steiermark nicht eingehalten wird und die Mindestsicherung für alle Betroffenen finanzielle Einbußen bringen wird.



JETZT UNTERSCHREIBEN

**KEINE VERSCHLECHTERUNG DURCH DIE MINDESTSICHERUNG !
KEINE RÜCKZAHLUNGSPFLICHT FÜR ANGEHÖRIGE !**

Name	Adresse
Datum der Unterschrift, Unterschrift	

Name	Adresse
Datum der Unterschrift, Unterschrift	



Landestankstellen: Murgg (KPÖ) übt scharfe Kritik an SPÖ und FPÖ

KPÖ-LAbg. Murgg: Landespolitik hat dort, wo sie selbst etwas gegen Teuerung unternehmen könnte, kläglich versagt

Die von der KPÖ beantragte Öffnung der Landestankstellen für Privatpersonen wurde von allen anderen Parteien abgelehnt. Diese Maßnahme hätte es ermöglicht, Diesel um 10 bis 15 Cent billiger abzugeben und im Sinne der Kundinnen und Kunden auf das Preisniveau einzuwirken, wie die Beispiele Kärnten und Burgenland zeigen.

Eine Zustimmung zum Antrag der KPÖ lag durchaus im Bereich des Möglichen, da die SPÖ einen gleichlautenden Antrag der KPÖ 2006 unterstützt hatte. Damals scheiterte die Umsetzung am Widerstand von VP-Landesrätin Edlinger-Ploder. Bei der FPÖ war von einer Zustimmung auszugehen, da in Kärnten von der FPÖ die Tankstellen geöffnet wurden.

Kurzmanns Ankündigungen nur Schall und Rauch

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Es ist traurig, dass das Eintreten für die Interessen der Lohnabhängigen, den viel zitierten ‚Kleinen Mann‘, bei der FPÖ nur Schall und Rauch ist. Und die SPÖ hat sich mit ihrem Verhalten vollkommen unglaublich gemacht, im Zuge der ‚Reformpartnerschaft‘ stimmt sie nun sogar gegen ihre eigenen Anliegen. Viele Wählerinnen und Wähler die die Wahlslogans dieser Parteien ernst genommen haben, sind hier einer Mogelpackung aufgefressen.“

Kritik übte Murgg auch an der Argumentation von Landesrat Kurzmann. Dieser bezifferte die Kosten der Umrüstung einer Tankstelle für private Kunden auf 100.000 Euro. Erst

vor kurzem legte das Verkehrsressort ganz andere Zahlen vor, es war von 50.000 Euro pro Tankstelle die Rede. „Es ist traurig, dass der Landtag dort, wo er selbst etwas gegen die Teuerung unternehmen könnte, so kläglich versagt.“

KPÖ wirkt



Impressum/Medieninhaber:
KPÖ Steiermark, Lagergasse
98a, 8020 Graz. Verlags- und
Herstellungsort: Graz. Tel. (0316)
877 5102; Fax (0316) 877 5108.
E-Mail: ltk@stmk.gv.at // DVR:
0600008

Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

Beschäftigung von Menschen mit Behinderung fördern

Unternehmen in Österreich müssen grundsätzlich mindestens einen Menschen mit Behinderung auf je 25 DienstnehmerInnen einstellen. Betriebe, die dagegen verstoßen, müssen monatlich € 196,22 für jede Person, die einzustellen wäre, zahlen. Dieser Wert wird seit 2004 wertangepasst, ist aber so gering, dass sich die meisten Firmen der gesellschaftlichen Verpflichtung zur Integration von Menschen mit Behinderung entziehen. Die KPÖ forderte am 15.2. deshalb die Landesregierung auf, an die Bundesregierung mit dem Anliegen heranzutreten, die Ausgleichstaxe gem. § 9 Abs. 1 Behinderteneinstellungsgesetz auf ein wesentlich höheres Niveau anzuheben, um einen Anreiz zur Durchsetzung der Anstellungspflicht zu fördern. Außer der FPÖ unterstützten alle Parteien das Anliegen der KPÖ.

Wildpark Mautern: Regierung verweigert Prüfung undurchsichtiger Vereinbarungen

KPÖ-LAbg. Murgg: Steirische Bevölkerung hat Recht auf Offenlegung des Vertrags mit Privatstiftung in Liechtenstein

Dem steirischen Landtag wurde ein Vertrag des Landes mit dem Wildpark Mautern vorgelegt, in dem jedes einzelne Wort geschwärzt ist. VP-Landesrat Buchmann bezeichnete diese skandalöse Vorgangsweise sogar als „Beitrag zur Transparenz“. KPÖ-LAbg. Werner Murgg, der auch Vorsitzender des Kontrollausschusses ist, übte heftige Kritik an dieser Vorgangsweise und verlangte, den Vertrag einer Prüfung durch den Rechnungshof zu unterziehen. Dies wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Der Wildpark Mautern ist trotz öffentlicher Subventionen in der Höhe von 6 Millionen Euro in die Zahlungsunfähigkeit geschlittert. Nun wurden von der Landesregierung kurzfristig 1,98 Millionen Euro für den Tierpark genehmigt.



Werner Murgg: „Die Abgeordneten, die über diesen Vertrag abgestimmt haben, durften weder Näheres über die bereits erfolgten Förderungen und Stillen Beteiligungen des Landes, noch über die Pläne der Landesregierung zur Fortführung des Tierparks erfahren und somit keine Einschätzung über die auf das Land zukommenden Verpflichtungen und Kosten treffen. Eine Privatstiftung in Liechtenstein und Herr Reuss sind die Nutznießer dieser Vereinbarung. Die KPÖ hat nichts gegen den Erhalt des Wildparks, es muss aber eine saubere Lösung im Interesse der Bevölkerung geben, keine undurchsichtigen Geschäfte.“

Die KPÖ wird sich weiterhin dafür einsetzen, den Geheimvertrag prüfen zu lassen.



Steirischer Suchtbericht: Thema Spielsucht fällt politischer Zensur zum Opfer

Klimt-Weithaler (KPÖ) kritisiert Komplizenschaft der Landesregierung mit Glücksspielbetreibern – Thema wurde einfach aus dem Bericht verbannt

72 Seiten umfasste der letzte Suchtbericht des Landes Steiermark für das Jahr 2007, davon beschäftigten sich 10 Seiten mit der Spielsucht. Nun liegt der Suchtbericht für die Jahre 2008 und 2009 vor. Obwohl er den gleichen Umfang hat wie der letzte Bericht, wurde das Thema Spielsucht nun ausgeklammert. Darauf weist KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler hin.

Von einer dramatischen Entwicklung wurde im alten Bericht gesprochen, es wird die Zahl von 60.000 bis 80.000 direkt oder indirekt von der Spielsucht Betroffenen in der Steiermark genannt, wobei für zwischen 70 bis 90 Prozent das Automatenpiel als Ursache angeführt wird. Casino, Internet-Glücksspiel und das Lotto stehen nur mit einem Bruchteil der Probleme in Zusammenhang.

Durch die Novelle des Glücksspielgesetzes in der Steiermark entstehen nun neue Glücksspiellokale mit 1000 neuen Spielautomaten, außerdem darf eine unbegrenzte Anzahl an „Video Lottery Terminals“ betrieben werden, die sich in Bezug auf das Suchtpotenzial nicht von anderen Spielautomaten unterscheiden.

Durch eine Sonderregelung für die Steiermark dürfen die alten Automaten noch bis Ende 2015 (!) weiter betrieben werden.

Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau der KPÖ, die in der vergangenen Periode im Landtag für eine Einschränkung des „Kleinen Glücksspiels“ kämpfte: „Die Steiermark hätte die Möglichkeit gehabt, aus dem Kleinen Glücksspiel auszusteigen und zur Lösung des Problems beizutragen. Stattdessen haben sich SPÖ und ÖVP darauf geeinigt, mittels politischer Zensur die Probleme einfach aus dem offiziellen Bericht zu verbannen. Offensichtlich ist die Landesregierung bis zuletzt untätig geblieben und hat in Komplizenschaft mit den Automatenaufstellern beschlossen, die Probleme einfach zu ignorieren und Berichte darüber

nicht mehr zuzulassen“.

Nachfragen auch in Zukunft unerwünscht

Die KPÖ hat in der Landtagssitzung am 15. Februar eine Ergänzung der zukünftigen Suchtberichte um ein seriöses Kapitel zur Spielsucht beantragt, damit die viele Fragen, die im letzten Suchtbericht aufgeworfen wurden, nicht unbeantwortet bleiben. Was wie eine Selbstverständlichkeit klingt, sorgte im Landtag zu später Stunde für hitzige Wortmeldungen von Vertretern von SPÖ und ÖVP, in denen sie wenig überzeugend versuchten, die offensichtliche politische Intervention wegzudiskutieren. Schließlich wurde sogar der Antrag abgelehnt, der nichts anderes zum Inhalt hatte, als nach dem Vorbild des 2008 erschienenen Suchtberichtes die Spielsucht wieder angemessen zu thematisieren.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Dass SPÖ und ÖVP schon vorsorglich verbieten, dass in künftigen Suchtberichten auch die Spielsucht thematisiert wird, ist ei-

gentlich unfassbar. Die selbst ernannte Reformpartnerschaft setzt in ihrer Budgetplanung offenbar auch auf die Zuwendungen der Glücksspielindustrie, da stören Hinweise auf die Folgen der Spielsucht natürlich. Wir werden aber nicht aufhören, die Geschäftemacherei mit dem Elend tausender Steirerinnen und Steirer zu thematisieren, auch wenn die Koalition auf Zensur setzt.“



Unterschriftenliste Seite 1 –

Info 0316 877 51 02 -

Fax 0316 / 71 62 91

**Unterschriftenlisten an KPÖ,
Lagergasse 98a senden oder im
Landhaus, KPÖ-Klub abgeben.**

EU-„Battlegroups“: Grüne tauschen Neutralität gegen Militarismus

KPÖ-LAbg. Murgg: Battlegroups sind gegen Neutralität gerichtet

Seit 1.1.2011 steht eine 180 Personen umfassende österreichische Bundesheereinheit – neben niederländischen, deutschen, finnischen und litauischen Streitkräften – bereit, um als Teil einer sogenannten „Battlegroup“ auch in kriegerischen Handlungen eingesetzt zu werden. Ausgebildet wurde dieser Verband in der Kaserne Straß.

Die KPÖ betrachtet diese „Schlachtgruppen“ als neutralitätswidrig. Die Debatte, die derzeit um die Wehrpflicht geführt wird, steht in unmittelbarem

Zusammenhang mit der Neuaufrichtung des Bundesheeres als Teil einer EU-Kampftruppe, die nichts mehr mit den bisherigen Aufgaben des Bundesheeres, der Landesverteidigung und dem Katastrophenschutz, zu tun hat.

Diese EU-Kampftruppen stehen für Angriffskriege der EU in den rohstoffreichen Regionen Afrikas, des Nahen und Mittleren Ostens bereit. Ein Mandat des UN-Sicherheitsrates ist nicht erforderlich. Durch den Vertrag von Lissabon können diese Truppen sogar für

Militäreinsätze im Inneren der EU herangezogen werden. In der Debatte um ein Berufsheer wird immer wieder – wenn auch in verschlüsselter Form – darauf hingewiesen, dass kriegerische Kampfeinsätze im Ausland mit einer Söldnertruppe leichter durchsetzbar sind als bei Aufrechterhaltung der allgemeinen Wehrpflicht.

Ein Antrag der KPÖ, die Bundesregierung aufzufordern, aus der neutralitätsfeindlichen Beteiligung an den EU-„Battlegroups“ auszusteigen, wurde im Landtag erwartungs-

gemäß abgelehnt. „SPÖ, ÖVP und FPÖ haben die Neutralität längst aufgegeben, streuen der Bevölkerung aber noch Sand in die Augen und verschweigen den Zweck der EU-Schlachtgruppen. Einigermaßen erstaunt hat mich aber, dass auch die Grünen gegen diesen Antrag gestimmt haben. Die Nibelungentreue zur EU geht bei dieser Partei so weit, dass sogar alte Positionen wie der Antimilitarismus einfach vom Tisch gewischt werden“, so der Antragsteller, KPÖ-LAbg. Werner Murgg.

Platz für Adressaufkleber

Österreichische Post AG / Sponsoring.Post • BenachrichtigungsPA
8020 Graz VNr: 07Z037205



Bettelverbot wird kein Problem lösen

Klubobfrau Klimt-Weithaler: „Armut schafft man nicht ab, indem man Betteln verbietet“

Claudia Klimt-Weithaler bekräftigte angesichts der bevorstehenden Beschlussfassung des Landtags zum sogenannten „Bettelverbot“, dass die KPÖ bei ihrer Haltung bleibe und gegen den Gesetzesentwurf stimmen werde: „Gegen jene Missstände, die immer wieder vorgeschoben werden (Ausbeutung, Kinderarbeit), um ein Bettelverbot zu rechtfertigen, gibt es längst eine gesetzliche Handhabe. Letztendlich geht es nur darum, von einer ungerechten Belastungspolitik abzulenken, indem systematisch eine kleine Gruppe kriminalisiert und zum Sündenbock gemacht wird. Armut schafft man nicht ab, indem

man das Betteln verbietet.“

Wirkliche Probleme

„Die wirklichen Probleme in der Steiermark sind die Wiedereinführung des Regresses bei der Pflege und bei der Mindestsicherung, die Senkung der sozialen Mindeststandards durch die Abschaffung der Sozialhilfe, die Wiedereinführung von Kindergartengebühren, der Ausbaustopp für Kinderbetreuungseinrichtungen, der Ausverkauf öffentlichen Eigentums und leider noch vieles mehr. Das Bettelverbot wird keines dieser Probleme lösen. Es wird aber ein paar Tage davon ablenken, dass die Landesregierung Tag für Tag

gegen die Bevölkerung regiert“, so die KPÖ-Abgeordnete.

Schwere soziale Defizite

Werner Murgg in seiner Wortmeldung: „Was ÖVP, FPÖ und SPÖ heute machen ist perfide: Sie schützen zu Recht zu kritisierende Missstände vor, um Teile unschuldiger Armer mit Verwaltungsstrafen zu belegen.“ Murgg griff ÖVP-Klubobmann Christopher Drexler frontal an: „Auch für die KPÖ ist Betteln kein schützenswertes Kulturgut. Aber zum Unterschied von Ihnen wissen wir um die sozialen Ursachen dieser Misere. Wir bekämpfen die Ursachen der

Armut, Sie bekämpfen die Armen.“ Werner Murgg argumentierte, dass eine Gesellschaft, in der Betteln zum Alltag gehöre, schwere soziale Defizite habe. Das sei in den sogenannten „Reformstaaten“ Osteuropas, aber auch zunehmend in vielen Großstädten in Westeuropa, der Fall. „ÖVP, FPÖ und SPÖ wollen die Kehrseite einer Politik nicht sehen, deren angebliche Errungenschaften sie tagtäglich loben. Wenn dort das Arbeitsrecht, soziale Rechte und Minderheitenrechte im Namen der EU in den Boden gestampft werden, verkaufen diese Parteien das bei uns als Schritte zur Marktwirtschaft.“

Protest für Gerechtigkeit

**Treffpunkt 10.30 Uhr
Graz, Südtirolerplatz.**

Sa. 19.3. Josefitag

**Route: Hauptbrücke –
Hauptplatz – Landhaus.**

Die steirische Landesregierung will im April ein Budget beschließen, das drastische Kürzungen im Gesundheits-, Bildungs-, Sozial- und

Kulturressort beinhaltet. Dabei haben viele Betroffene bereits einen hohen Preis für die Wirtschaftskrise zahlen müssen. Die geplanten Maßnahmen treffen jene am härtesten, die auf eine Unterstützung durch die Politik am meisten angewiesen wären. Einige der geplanten bzw. bereits beschlossenen Maßnahmen umfassen:

- Kürzung der Mittel für Menschen mit Behinderung
- Einführung von Kindergartengebühren
- Kürzung der Wohnbeihilfe
- Wiedereinführung der Rückzahlungspflicht (Regresses) für Angehörige bei

- Pflegekosten
- Einführung einer Rückzahlungspflicht (Regress) für Angehörige von EmpfängerInnen der Mindestsicherung
- Kürzung der Mindestsicherung gegenüber der Sozialhilfe
- Existenzbedrohende Kürzungen bei Sozial- und Kulturinitiativen

Während für Prestigeprojekte und Spektakel Millionen Euro ausgegeben werden, werden in anderen Bereichen Arbeitsplätze vernichtet und Existenzen zerstört.

Der Kampf gegen die Armut

wird von der Landesregierung abgesagt. Mutig wäre es, eine sozial gerechte Besteuerung großer Vermögen und Finanztransaktionen einzuführen. Statt durch Massensteuern und Gebührenerhöhungen den Druck auf Klein- und Mittelverdiener zu erhöhen, muss das Geld dort geholt werden, wo es im Überfluss vorhanden ist: Bei den Banken und Großkonzernen.

**minus
25%**

